

SOZIALE SICHERUNG DURCH TRANSPARENZ STÄRKEN

EIGENVERANTWORTUNG UND FINANZBILDUNG FÖRDERN

ANTRAG DES MIT-BUNDESVERBANDES AN DEN 38. CDU-BUNDESPARTEITAG

Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert, dass Ministerien, zuständige Behörden und Bildungseinrichtungen Bürgerinnen und Bürger umfassend über alle Bereiche der sozialen Sicherung informieren. Absehbare Entwicklungen sollen transparent und nachvollziehbar dargestellt werden, um für eigenverantwortliche Gestaltungsoptionen zu sensibilisieren und Eigenvorsorge zu fördern.

Analog zur digitalen Rentenübersicht soll eine umfassende digitale Vorsorgeübersicht entwickelt werden, die neben der Altersvorsorge auch weitere Sozialversicherungsbereiche – insbesondere Versorgungslücken im Bereich Pflege und Gesundheit – verständlich visualisiert.

Begründung:

Die Lohnzusatzkosten für die sozialen Sicherungssysteme – insbesondere für Rente, Pflege und Gesundheit – werden ohne strukturelle Reformen in Zukunft absehbar auf über 50 Prozent steigen. Parallel dazu wächst der Bundeszuschuss zu diesen Systemen erheblich. Wissenschaftliche Prognosen gehen davon aus, dass künftig mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts für soziale Sicherung aufgewendet werden muss. Dies gefährdet die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates und schränkt Investitionen in Bildung, Wissenschaft und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit massiv ein.

Die daraus resultierenden Belastungen lassen sich schon bald nur durch neue Schulden oder erhebliche Steuererhöhungen abfedern. Beides würde kommende Generationen – Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen – in nicht vertretbarem Maße belasten.

Die nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme kann daher nicht durch eine noch stärkere steuer- oder schuldenfinanzierte Politik gewährleistet werden. Daher lassen sich Herausforderungen in den Bereichen Rente, Pflege und Gesundheit nicht allein durch staatliches Handeln lösen. Unrealistischen Erwartungen an den Staat tragen zu einem mangelnden Problembewusstsein und zu einer unzureichenden Vorsorgebereitschaft in der Bevölkerung bei.

Hinzu kommt, dass die soziale Sicherung ganzheitlich betrachtet werden muss. Die öffentliche Debatte fokussiert sich häufig nahezu ausschließlich auf die Altersvorsorge, während die künftig stark steigenden Kosten für Pflege und Gesundheit unterschätzt werden.

Diese Entwicklungen in diesen Bereichen werden private Haushalte ebenso wie die öffentlichen Finanzen ebenfalls erheblich belasten.

Ziel muss daher ein realistisches Erwartungsmanagement hinsichtlich künftiger Beitragsentwicklungen und Leistungsversprechen sein. Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und verständlich über absehbare Entwicklungen informiert werden, um eigenverantwortlich Vorsorgeentscheidungen treffen zu können.

Hierzu sollten bestehende Instrumente wie die Digitale Rentenübersicht konsequent zu einer umfassenden Vorsorgeübersicht weiterentwickelt und auf weitere Sozialversicherungszweige ausgeweitet werden. Ergänzend ist eine stärkere Verankerung von Finanz- und Vorsorgebildung in den Schulen notwendig, insbesondere mit Blick auf die Funktionsweise und Grenzen der sozialen Sicherungssysteme.

Gerade junge Familien stehen vor komplexen Vorsorgeentscheidungen – von Altersvorsorge und Hinterbliebenenschutz über Arbeitsunfähigkeit, Pflege und Gesundheit bis hin zum privaten Vermögensaufbau und dem Erwerb von Wohneigentum. Eine transparente Information und frühzeitige Sensibilisierung sind daher zentrale Voraussetzungen für verantwortungsvolle Eigenvorsorge und langfristige soziale Stabilität.